

### Wird Frankreich faschistisch?

Dies« Frage stellen sich in großer Sorge die Demokraten in aller Welt, seit bei den Januarwahlen eine starke, offensichtlich faschistische Gruppe in die französische Nationalversammlung eingezogen ist. Die Tumulte in Algerien im Februar, die zweifellos von der sogenannten *Poujade*-Bewegung ausgelöst oder zumindest ausgedehnt worden sind, haben diese Sorge vermehrt. Ein faschistisches oder ein durch eine faschistische Bewegung völlig gelähmtes Frankreich wäre ein sehr schwerer Schlag für alle Demokratien und für alle europäischen Bestrebungen.

Es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß *Der Gewerkschafter* (1), die Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall, bereits eine gründlichere Analyse der *Poujade*-Bewegung veröffentlicht haben kann. Bemerkenswert ist dabei zunächst folgende, sonst noch nicht genügend beachtete Feststellung: „Heute sind sich die Beobachter der Entwicklung darüber einig, daß der Zustrom zu der *Poujade*-Bewegung vor allem aus den Rechtskreisen kam und nicht nur Ausdruck der sozialen Unzufriedenheit der Mittelschichten ist, sondern auch der politischen Bestrebungen weiter Kreise des wohlhabenden Bürgertums.“ Der in Paris lebende Verfasser unterstreicht dann weiter, daß sich die Gewerkschaften über den antidemokratischen Charakter der Bewegung völlig klar seien und die von *Poujade* ausgehende Gefahr erkannt hätten. Recht interessant werden die ersten Gegenmaßnahmen regionaler Gewerkschaftsverbände dargestellt. Abschließend wirft der Verfasser die Frage auf, ob sich der Faschismus in Frankreich weiterentwickeln werde. Ziemlich optimistisch erklärt er: „Wenn die Republik, wenn die demokratischen Institutionen in Gefahr waren, fanden sich bisher immer die Gegenkräfte, die dem Spuk ein Ende bereiteten“, aber er fügt sofort hinzu: „Nichts wäre jedoch gefährlicher, als sich einfach auf eine solche Automatik verlassen zu wollen!“ Vor allem werde es von der Arbeiterbewegung, besonders von den Freien Gewerkschaften, abhängen, „ob es gelingt, die dringendsten sozialen Probleme des Landes zu lösen und neues Vertrauen in den Massen zur demokratischen Ordnung zu wecken — und so die Bereitschaft, für diese zu kämpfen; der Kampf für die Rechte der Massen des Volkes und für den sozialen Fortschritt fällt so direkt zusammen mit dem Kampf für die Demokratie selbst.“ Das ist ganz richtig und gilt keineswegs nur für Frankreich. Im übrigen findet man im gleichen Heft des *Gewerkschafters* einen Artikel über die bedeutenden sozialen Verbesserungen, welche die freien

Gewerkschaften Frankreichs im vergangenen Jahr erkämpft haben, und über die namhaften Gewinne an Stimmen und Sitzen, die von der *Force Ouvrière* bei verschiedenen Wahlen erzielt wurden.

Eine gute Ergänzung bildet eine Untersuchung, die *Alfred Frisch* über die französische Spielart des Nationalismus veröffentlicht *Deutsche Rundschau* (2). Er kommt zu dem Ergebnis, es sei in der jüngsten Vergangenheit ein Fehler gewesen, den französischen Nationalismus zu übersehen, denn dadurch habe man die Europapolitik in eine Sackgasse schlißtern lassen; andererseits sollte man ihn nicht überschätzen, denn die Masse der Franzosen, und besonders die Jugend, sei im Begriff, „sich aus den nationalistischen Fesseln der Vergangenheit zu befreien und neue Wege zu gehen“. Gerade weil der Verfasser, der die Verhältnisse gut kennt, sehr vorsichtig abwägt, verdienen seine eher optimistischen Schlußfolgerungen Glauben.

Eine gewissenhafte Analyse des letzten französischen Wahlergebnisses findet man auch in *Dokumente* (1); im gleichen Heft veröffentlicht *Christian Pineau* einen kleinen Aufsatz über die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen, der dadurch besonderes Gewicht erhält, daß der Verfasser inzwischen französischer Außenminister geworden ist. Auf die deutsch-französischen Gespräche in Bad Neuenahr, an die *Pineau* anknüpft — sie wurden im Oktober 1955 vom Deutschen Rat der Europäischen Bewegung veranstaltet — nimmt auch ein Aufsatz Bezug, den Prof. Dr. *Arnold Bergsträsser* unter dem Titel „Frankreich, Deutschland und Europa“ im *Europa-Archiv* (1) veröffentlicht.

### „Das deutsche Elend“

Unter diesem Titel veröffentlicht *Die Gegenwart* (2) einen bemerkenswerten Leitartikel, der mit den folgenden Sätzen schließt: „Nicht die Existenz der ‚Volksarmee‘ ist das große deutsche Elend, sondern die Tatsache, daß die DDR zum Warschauer Paktsystem gehört (so wie die Bundesrepublik zur NATO), und daß die Herren des Kreml die Wiedervereinigung für absehbare Zeit zu einer Sache der Deutschen selbst erklärt haben, während sich die Großen doch über einen kollektiven Sicherheitspakt einigen könnten, dem auch die beiden deutschen Teilstaaten angehören. Es besteht keine Veranlassung zu dem Aberglauben — das sollten wir endlich in unserem Elend begreifen —, die sowjetische Politik könnte demnächst diese Position aufgeben. Wie wenig Veranlassung, das beweist gerade das Groteske Angebot: Deutlicher haben die Sowjets bis heute noch nicht demonstriert, daß die DDR im politischen Spiel des Ostens eine Figur ist, die wir nicht damit vom Feld sto-

Ben können, daß wir sie nicht ‚anerkennen‘. Kein noch so törichter Versuch der Leute aus Pankow, uns zu überlisten, rechtfertigt unsere Selbstzufriedenheit, solchen Versuchungen unserer gesamtdeutschen Legitimation zu widerstehen. Es geht nicht darum, die DDR, es geht nur darum, die *Realitäten* anzuerkennen.“

Etwa in der gleichen Richtung liegen die stets sehr interessanten Leitartikel von *Karl Silex* in *Deutsche Kommentare*, z. B. „Die doppelte Bewaffnung“ (Nr. 4) und „Beginn eines Briefwechsels“ (Nr. 5). Der in seinem Denken sehr unabhängige und gewöhnlich sehr gut informierte Dr. Silex sieht sowohl die Möglichkeit einer Vermittlertätigkeit Indiens in der Frage der deutschen Wiedervereinigung wie die Vorschläge der Prager Erklärung auf Schaffung einer Zone in Europa, „für die durch ein besonderes Abkommen zwischen den interessierten Staaten Stärke und Stationierung von Streitkräften festgelegt würden“, als konkrete Möglichkeiten an. Den Briefwechsel Bulganin-Eisenhower schätzt Silex als den Anfang zu einer neuen Periode ein, „in der das Vier-Mächte-Gespräch noch einmal beginnen könnte, ohne daß die Fehler der Genfer Spitzenkonferenz vom Juli wiederholt würden“. Der Eisenhower-Brief verdiene unseren Dank, weil er die Wiedervereinigung an der ersten Stelle gelassen hat: „Doch werden wir hierbei nicht stehenbleiben dürfen. Der Plan, im ‚Anfangsstadium‘, die rivalisierende Doppelbewaffnung in Deutschland zu kontrollieren, ist für England, wo er zuerst auftauchte, nicht unattraktiv, und der neue französische Außenminister Pineau ist ein entschiedener Europäer. Wenn das Gespräch jetzt also erneut in Gang kommt, wird es bald wieder bei den Bedingungen angelangt sein, unter denen die Schaffung einer militärisch beschränkten Zwischenzone die Zustimmung der *beiden* Mächtegruppen finden kann. An diesem Punkt war das in Genf bereits eingeleitete Gespräch vorschnell abgebrochen worden, obwohl hier zum erstenmal eine Annäherung der Standpunkte sichtbar geworden war.“

Ähnlich ist auch *Außenpolitik* (2) in seiner Beurteilung der neuen Aktivität der sowjetischen Diplomatie der Ansicht: „Das große Mächtegespräch, von dem auch unsere Zukunft als vereinte Nation abhängt, hat wieder begonnen.“ — Bei dieser Gelegenheit sei mitgeteilt, daß diese „Zeitschrift für internationale Fragen“, die in den sechs Jahren ihres Erscheinens wirklich ihr Bemühen um Überparteilichkeit und gründliche Information bewiesen hat, zu Beginn ihres 7. Jahrgangs die Abgeordneten Dr. *Kurt Georg Kiesinger* und Prof. *Carlo Schmid* sowie den bekannten außenpolitischen Publizisten Dr. *Wilhelm Wolfgang Schütz* als Mitherausgeber von *Außenpolitik* begrüßen kann.

## Andere deutsche Sorgen

Die Frage „Was wird nach Adenauer?“ untersucht in *Preuves* (60) der Schweizer Journalist *F. R. Allemann*, der seit einigen Jahren als unabhängig urteilender Auslandskorrespondent in Bonn lebt. Er hebt hervor, daß kein „Eden“ in Sicht sei, also kein christlich-sozialer Politiker, der so verhältnismäßig reibungslos auf Adenauer folgen könnte wie Eden auf Churchill. Ohne sich auf personelle oder parteipolitische Prophezeiungen einzulassen, analysiert Allemann sehr interessant die Schattenseiten und Schwächen, die sich für die Bundesrepublik aus der so ganz auf eine Person konzentrierten Machtstellung Adenauers für eine gesunde Entwicklung der Bundesrepublik ergeben können.

Wichtige Dokumente, die man im Wortlaut kennen muß, finden sich in *Junge Kirche* (1/2) zu mehreren brennenden deutschen Problemen, nämlich die Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Frage der Kriegsdienstverweigerung und die Erklärung der gleichen Stelle zur *Gewerkschaftsfrage*; dort heißt es u. a.: „Wir haben Bedenken gegen die Wahl des Namens ‚christlich‘ für die neue Gewerkschaftsorganisation. Der christliche Name sollte zur Bezeichnung einer an sich berechtigten Vertretung von weltlichen Gruppeninteressen heute nicht gebraucht werden.“ Auch die Weihnachtsbotschaft des Papstes und die aufrüttelnden Worte der holländischen Königin zur sozialen Not und zu den Mißständen unserer Zeit werden in dieser Nummer veröffentlicht sowie ein sehr detaillierter Bericht über die „Verwüstungsorgie“, die vor einigen Monaten in der Türkei gegen die griechische Minderheit tobte.

Um auf die deutschen Probleme zurückzukommen, sei noch auf einen interessanten Kommentar der *Gegenwart* (2) zu der Entlassung kommunistischer Funktionäre aus der IG Bau, Steine, Erden erwähnt. Die Zeitschrift nimmt den Vorgang zum Anlaß, sich grundsätzlich zur Gefahr der *Infiltration* zu äußern; wir zitieren die abschließenden Sätze: „Es ist gewiß wichtig, daß die gewerkschaftliche Organisation, in ihrer Existenz bedroht, sich jetzt zur Wehr setzt. Es ist noch wichtiger, daß die Demokratie die Gründe der Unzufriedenheit erforscht und beseitigt, die der Infiltration Ohr und Stimme leiht.“

## Automation als Hilfe und Gefahr

Unter diesem Titel veröffentlicht *Helmut Jelden* in *Deutsche Rundschau* (2), im Anschluß an das Buch von John Diebold, einen guten Überblick über die heutige Problemstellung, die mit der Entwicklung zum „vollautomatisierten Betrieb“ gegeben ist. Spezieller zur Frage „Atomenergie und Automation“ äußert

sich in *Die neue Gesellschaft* (1) Rudolf A. Paß, wirtschaftspolitischer Referent des Vorstandes der SPD. Seine Prognose lautet: „Die Problematik des aufkommenden Zeitalters der Atomenergie und der ‚vollendeten‘ (sie wird tatsächlich kaum jemals vollendet werden) Automation dürfte zu heftigen sozialen und politischen Kämpfen führen, in denen über Demokratie und Diktatur, über Frieden und Krieg, über Sein oder Nichtsein entschieden wird. Die Sozialisten und alle Menschen, die guten Willens sind, werden wachsamer und mutiger denn je sein müssen.“ Das kann man nicht nachdrücklich genug unterstreichen!

Einen recht guten Einblick in „die Dynamik des Industrialisierungsprozesses in der Weltwirtschaft“ vermittelt in *Universitas* (1) ein Aufsatz von Prof. Dr. *Walther G. Hoffmann*, dem Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster; auch als Mitglied des Exekutiv-Ausschusses der International Economic Association und derzeitiger Inhaber des Robert-Schuman-Lehrstuhls am Europa-Kolleg in Brügge und als Autor des Buches „Stadien und Typen der Industrialisierung“ darf Prof. Hoffmann besondere Beachtung für seine Darstellung er-  
*Dr. Walter Fabian*